

Globale Ernährungssicherheit im Kontext einseitiger Zwangsmassnahmen

Gewährleistung der Ernährungssicherheit, Beseitigung des Hungers, Förderung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklung und Steigerung deren Produktionspotenzials sind heute von besonderer Relevanz.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, dass etwa 690 Millionen Menschen oder 8,9% der Weltbevölkerung derzeit an Hunger leiden. Diese Zahl ist in einem Jahr um 10 Millionen und in fünf Jahren um fast 60 Millionen gestiegen.

Ein ähnlicher Aufwärtstrend wurde beim Index der akuten Ernährungsunsicherheit festgestellt, der auch das Auftreten von Hunger widerspiegelt. Drei Milliarden Menschen – fast 40% der Weltbevölkerung – haben keinen Zugang zu angemessener Ernährung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 verschlimmerten zusätzlich die bereits schwierige Ernährungssituation – über 140 Millionen Menschen wurden mit Nahrungsmittelknappheit konfrontiert.

Dies gefährdet die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Welt liegt beim Erreichen des nachhaltigen Entwicklungsziels 2, „Kein Hunger“, hinter dem Zeitplan zurück. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird die Zahl der Hungernden bis 2030 die 840-Millionen-Marke überschreiten.

Laut FAO lag der Durchschnittswert des FAO Food Price Index im September 2021 bei 130,0 Punkten und damit um 32,8% höher als im September letzten Jahres. Der Indexwert wuchs im September 2021 hauptsächlich aufgrund höherer Preise für die meisten Getreide und Pflanzenöle. Laut FAO-Prognose wird die weltweite Getreideproduktion im Jahr 2021 trotz eines historischen Höchststands unter dem Verbrauchsniveau liegen.

Nach Schätzungen der UN-Agenturen vom 4. Oktober 2021 steht die Welt heutzutage vor einer beispiellos katastrophalen Ernährungsunsicherheit. Ca. 6,6 Milliarden US-Dollar werden dringend benötigt, um 41 Millionen hungergefährdete Menschen zu unterstützen.

Belarus hat seit jeher einen wesentlichen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit geleistet. Unser Land exportiert Agrar- und Lebensmittelprodukte in mehr als 100 Länder der Welt. Der unbedachte Sanktionsdruck westlicher Länder auf Belarus gefährdet jedoch nicht einmal unser Land, sondern gerade die globale Ernährungssicherheit. Angesichts der Coronavirus-Pandemie und der Konsequenzen der Sanktionspolitik sind die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung und Bekämpfung des Hungers in der Welt alles andere als rosig.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den sektoralen Sanktionen der Europäischen Union und anderer Länder gegen die Kaliindustrie in Belarus und einer Zunahme von Lebensmittelrisiken weltweit sowie der Gefahr einer Lebensmittelkrise. Da der Anteil der Kalidüngemittel aus Belarus am Weltmarkt 20% beträgt, wird das Exportverbot natürlich zu einem Anstieg der Kosten sowohl für Düngemittel als auch für Lebensmittel führen (und das geschieht bereits), was wiederum die Zahl hungernder Menschen auf dem Planeten steigen lässt. Und das sind nicht nur unsere Einschätzungen. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen die UNO, die FAO und eine Reihe internationaler Unternehmen und Verbände im Bereich des Kalidüngemittel- und Lebensmittelhandels. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: sind die Staaten, die Sanktionen gegen die Kaliindustrie in Belarus verhängen, dieser realen Bedrohung für die ganze Welt bewusst oder ziehen sie es vor, dies wegen irgendwelcher illusorischen Ziele nicht zu bemerken, indem sie den Sanktionsdruck auf Belarus erhöhen?

Am Rande der 76. Sitzung der UN-Generalversammlung im September dieses Jahres hat der UN-Generalsekretär einen Gipfel über Lebensmittelsysteme einberufen, an dessen Ende sich die Staaten verpflichteten, ihre Bemühungen zur Beseitigung des Hungers fortzusetzen und gesunde Ernährung erschwinglicher zu machen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Lösung des Hungerproblems nicht möglich ist, ohne den landwirtschaftlichen Produzenten Zugang zu Düngemitteln in der erforderlichen Menge und zu einem für sie erschwinglichen Preis zu verschaffen.

Im Sinne der Erklärung des Weltgipfels zur Ernährungssicherheit fordert Belarus zum Verzicht auf Sanktionen auf, die nicht nur den internationalen Verpflichtungen, auch bei der Umsetzung der Agenda 2030, sondern auch Bestimmungen der UN-Charta und Resolutionen der UN-Vollversammlung zu einseitigen Zwangsmassnahmen widersprechen.